

und Mobilgeräte-Hersteller, Systemintegratoren, Wiederverkäufer sowie Anbieter von Zugangssystemen für Mobile-TV-Anwendungen sein.

Weitere Informationen zu Giesecke & Devrient Secure Flash Solutions finden Interessenten auf der neuen Webseite des Joint Ventures unter www.gd-sfs.com.

ULD: Broschüre zum Informationsfreiheitsrecht

Das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD), nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) zuständig für Beschwerden über die Ablehnung von Aktenzugangersuchen bei öffentlichen Stellen des Landes, hat eine zweite Auflage der Broschüre „Das Informationsfreiheitsgesetz in Schleswig-Holstein“ erstellt. Dabei handelt es sich um eine erweiterte, vom ULD-Mitarbeiter Dr. Sven Polenz erstellte Kommentierung. Behandelt wird nicht nur das IFG, sondern auch das Umweltinformationsgesetz (UIG), ergänzt durch ein Kostenverzeichnis, einen Antragsvordruck und einen Überblick über das Informationsfreiheitsrecht in Deutschland. Berücksichtigt wurden die Erfahrungen des ULD aus 9 Jahren Praxis wie auch die Berichte der Beauftragten und die Rechtsprechung in Deutschland generell. Die 120-seitige Broschüre richtet sich an Bürgerinnen und Bürger sowie an die durch IFG und UIG zur Transparenz verpflichteten Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen.

Thilo Weichert, Leiter des ULD: „Informationsfreiheit gehört in Schleswig-Holstein inzwischen zum Verwaltungsalltag. Die meisten Konflikte zwischen Behörden und den Informationen einfordernden Bürgern können vom ULD geklärt werden. Dennoch gibt es Zweifelsfragen, zu denen die Beteiligten in der Broschüre frühzeitig Hilfe finden. Diese eignet sich auch zur Ausbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung. Mit exemplarischen 40 Fällen zum IFG und 10 Fällen zum UIG wird die Rechtsmaterie anschaulich und praxisnah vermittelt. Selbstverständlich steht das ULD der Bevölkerung und der Verwaltung weiterhin auch mit Rat und Tat in allen Fragen der Informationsfreiheit zur Verfügung.“

Die Broschüre kann unentgeltlich beim ULD angefordert werden und ist online herunterladbar unter www.datenschutz-zentrum.de/informationsfreiheit/ifg-uig-sh.pdf

Buchbesprechung

Marie-Theres Tinnefeld
Gerhart Baum: Rettet die Grundrechte! Bürgerfreiheit contra Sicherheitswahn. Eine Streitschrift, Verlag Kiepenheuer & Witsch, 1. Auflage, Köln 2009, 208 S., 16,95 Euro, ISBN 978-3-462-03980-1

Gerhart Baum, deutscher Innenminister Ende 1970, hat in dieser Zeit der RAF-Anschläge die Spannung zwischen dem Grundrecht auf Freiheit und der politischen Forderung nach Sicherheit hautnah aushalten müssen. Diese Erfahrung hat ihn vor allem seit 9/11, wo der allseitige Ruf nach Sicherheit eine unüberschaubare Menge an Antiterrorgesetzen produziert hat, als Verteidiger der Freiheit gegen ausufernde grundrechtsgefährdende Gesetze auf die politische Bühne gerufen. Von dort fordert er das Wahrnehmen und Überdenken der eigentlichen Probleme ein, die sich im so genannten „Kampf gegen den Terror“ für die Entwicklung der Grundrechte ergeben.

Wissen, wie Parmenides (ca. 515 – ca. 445 v. Chr.) am Beginn des griechischen und damit europäischen Denkens und Philosophierens formulierte, ist Sehen, Wahrnehmen, Denken. Es ist dasselbe wie Sein. Der Vorgang der Erkenntnis führt zum Zustand des Bewusst-Seins von etwas. Nach Carl Friedrich von Weizsäcker wird das Bewusstsein auf sich „zurückgebogen“ zur reflektierenden Erkenntnis.

In der Informations- und Kommunikationsgesellschaft ist nicht mehr in erster Linie menschliches Wahrnehmen und Wissen, sondern technisch und technologisch verarbeitbare Information gefragt. Dabei entfällt häufig der Kontext der Information, in dem sie entstanden ist. Information ist auch manipulierbarer geworden. Dabei schlüpfen oft auch Medien in eine fast diabolische Doppelrolle, z. B. wenn das Fernsehen den verheerenden Angriff auf die Twin Tower in Endlosschleifen immer wieder einem angestarteten Publikum vorführt.

Baum kritisiert die „apokalyptischen Schreckensszenarien“, die die deutsche Innenpolitik zur Grundlage von umfangreichen Änderungen des Straf- und Prozessrechtes sowie des Ausländerrechtes gemacht hat, verbunden mit neuen weitgehenden Eingriffsbefugnissen der Sicherheitsbehörden. „So wird Sicherheitspolitik zu einer düsteren Seherei, die viel Vorbeugung anrät für den Fall, der zwar nicht ansteht, aber in vielen Variationen eintreten könnte.“ Baum nennt die Entwicklung mit den Worten des

Verfassungsrichter Udo di Fabio „die intellektuelle Lust am antizipierten Ausnahmezustand“. Die Folge „düstere Seherei“ anstatt der Wahrnehmung und des Überdenkens auch von gefahrbelasteten Entwicklungen fördert – so Baum – den ausufernden präventiven (Überwachungs-) Staat mit fatalen Folgen für die Unschuldsvermutung Betroffener. Das heißt: „Wer vorbeugen will, weiß nie genug“; der Staat kann ohne konkreten Anlass jedermann überall „bespitzeln“. Wer will aber in einem Staat, der keine Rückzugsbereiche der Privatheit übrig lässt, noch leben, fragt Baum zusammen mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier. Und der Autor hebt hervor, dass das eigene Zimmer, der eigene Rückzugsraum nichts anderes als ein „Refugium zur Ausbildung des freien Willen“ ist. Und er fährt fragend fort: „Kann der Mensch sich in einem wie auch immer gearteten Raum nicht frei und unbehelligt fühlen, können es schwerlich auch seine Gedanken?“ Baum macht eindringlich und in knappen, präzisen Formulierungen den politischen Trend der Aushöhlung elementarer individueller und kommunikativer Grundrechte deutlich. Er will „Bewusst-Sein“ bei den Bürgerinnen und Bürgern über den drohenden Verlust von Freiheitsrechten schaffen, der in den „beunruhigenden Versuche, die Menschenwürde abzuschwächen“, gipfelt.

Baum legt auch einen Blick nach Europa und auf den Vertrag von Lissabon nahe. Wird der strikte Grundrechtsschutz, den das Bundesverfassungsgericht bisher verteidigt hat, durch den Vertrag gefährdet? In diesem Zusammenhang stellt Baum mutige (noch) offene Fragen. Er bezieht das „janusköpfige“ Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009 zum Vertrag von Lissabon in seine Antwort ein: „Einerseits stärkt es die Rolle von Bundestag und Bundesrat und auch des Bundesverfassungsgerichts, so dass meine Sorge, der Kerngehalt unserer Grundrechte könne geschwächt werden, nun geringer ist. Andererseits ist das Urteil sehr stark auf den Nationalstaat fixiert und steht damit in Distanz zur Realität des europäischen Einigungsprozesses.“

Das Buch des Bürgerrechtlers Baum gehört in die Hand jeder Bürgerin und jedes Bürgers. Es fördert ihr Wissen um sich selbst und ihre Freiheitsrechte. „Rettet die Grundrechte!“ Sie erst ermöglichen jedem, aktiv in eigener politischer Verantwortung auch die Demokratie mitzugestalten.